



# Antragsbuch

zum

**39. Landeskongress**

am 08. / 09. Juli 2006  
in Bautzen

Liebe sächsische Jungliberale,

völlig WM-tauglich liegt das Antragsbuch zum 39. Landeskongress der Jungliberalen in Sachsen nun vor Euch. Ich möchte mich recht herzlich bei den Antragstellern bedanken, ohne deren programmatisches Interesse dies nicht zustande gekommen wäre!

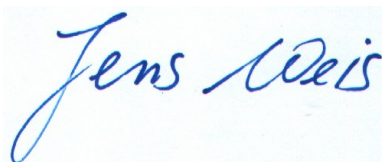
Wieder einmal sind zahlreiche Anträge aus unterschiedlichen Bereichen der Politik enthalten. Viele davon beschäftigen sich mit Problemen, bei denen es nicht mehr nur darum geht, Lösungen für den Freistaat Sachsen zu erarbeiten, sondern sie sind darüber hinaus schon längst auf europäischer Ebene diskutabel.

Wie sehr dabei Europa auch als ein Impulsgeber und nicht nur schlichtweg als ein „Bürokratiemonster“ und „Blockierer“ wirkt, ist zum Beispiel in den Anträgen zur Berufsorientierung und zu e-Governance ersichtlich. Hierbei darf Sachsen nicht ins Hintertreffen geraten und muss Lösungen mit seinen Nachbarländern fördern.

Aber nicht nur dies wird uns hoffentlich auf dem Landeskongress beschäftigen, sondern auch die konkreten Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen werden nicht vernachlässigt, wenn es um Jugendparlamente, Graffiti-Sprayer oder um den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet geht. Dass wir uns aber dabei nicht nur um uns selbst kümmern, wird daran deutlich, dass natürlich auch Anträge aus dem Bereich Umwelt und Gesundheit vertreten sind.

Ich wünsche Euch viel Freude beim Lesen und hoffe auf Euer zahlreiches Erscheinen in Bautzen.

Bis dahin spannende WM-Spiele!



A handwritten signature in blue ink that reads 'Jens Weis'.

Jens Weis

stellv. Landesvorsitzender für Programmatik



# Inhalt

Nr. Thema des Antrages Antragsteller Seite  
**Landesverband**

01	„Julio“ elektronisch verschicken	KV Chemnitz	5
----	----------------------------------	-------------	---

## Bürgerrechte und Inneres

02	Freizeitspaß oder Cybersex?	Sven Herbst (KV Bautzen)	6
03	Verwaltung straffen – E-Government ausbauen	Jens Weis (KV Chemnitz)	7
04	Querparken für Kleinwagen erlauben	KV Chemnitz	9
05	Abschaffung des "Gotteslästerungsparagraphen" (166 StGB) (verwiesen. vom 38. Lako)	Sascha Hübsch (KV Zwickau)	10
06	Aussehen von Polizisten während der Fußball-WM (verwiesen vom 38. Lako)	KV Leipzig	11

## Bildung

07	Vorstellung von demokratischen Parteien an Schulen zulassen	OV Aue-Schwarzenberg	12
08	Keine neuen naturwissenschaftlichen Pflichtfächer für die Sekundarstufe II am Gymnasium	OV Aue-Schwarzenberg	13
09	Einsatz freier Software in Schulen	KV Chemnitz	14
10	Schuluniformen	KV Chemnitz	16
11	Schülersprecher direkt wählen	KV Chemnitz	17
12	Präventionsangebote in Schule einbinden (verwiesen vom 38. Lako)	KV Chemnitz	18
13	Ausbildung der Medizinisch-Technischen Assistenten (verwiesen vom 38. Lako)	Robert Hesse (KV Leipzig)	19
14	Schaffung von Übergangslösungen für Studenten nach absolvierter Abschlussprüfung (verwiesen vom 38. Lako)	Thomas Scholz, Anja Birnbaum (KV Leipzig)	20

## Gesundheit und Soziales

15	Verwaltungskosten der GKV eindämmen	Matthias Fischer-Schäfer (KV Dresden)	21
16	Jugendparlamente	KV Chemnitz	22

## Kultur und Medien

17	Der Jugend eine Alternative bieten!	KV Bautzen, KV Görlitz	24
----	-------------------------------------	------------------------	----

## Umwelt

18	Stärkere stoffliche und energetische Nutzung von Biomasse	KV Löbau-Zittau	26
----	---	-----------------	----

## Wirtschaft und Arbeit

19	Berufsorientierung als Schutz vor Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel - eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung	Landesvorstand	28
20	Kommunale Eigenbetriebe eindämmen	Matthias Fischer-Schäfer (KV Chemnitz)	34
21	Staatlichen Dirigismus zurückfahren – Völlige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten	OV Aue-Schwarzenberg	35
22	Neuregelung des Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (verwiesen vom 38. Lako)	KV Chemnitz	37
23	Aufbruch des staatlichen Lotteriemonopols (verwiesen vom 38. Lako)	KV Leipzig	38
24	Werbefreiheit (verwiesen vom 38. Lako)	Sascha Hübsch (KV Zwickau)	39

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 01  
Thema: „Julio“ elektronisch verschicken

Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3

**„Julio“ elektronisch verschicken**

4

5 Der Landesvorstand der Jungliberalen Aktion Sachsen wird dazu aufgefordert, die  
6 Verbandszeitschrift „Julio“ elektronisch zu verschicken und diese als Download  
7 auf die Homepage der JuliA Sachsen zu stellen, um Porto- und Druckkosten zu  
8 sparen.

9

10 Begründung:

11

12 erfolgt ggf. mündlich

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 02  
Thema: Freizeitspaß oder Cybersex?

Antragssteller: Sven Herbst (KV Bautzen)

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Freizeitspaß oder Cybersex?**  
4

5 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert Internetprovider und die Betreiber von  
6 Internetforen und Chaträumen auf, die Interessen von Kindern und Jugendlichen  
7 bezüglich ihrer eigenen Sicherheit stärker wahrzunehmen. Außerdem sollen diese  
8 dazu verpflichtet werden, sich mehr an die Kinder- und Jugendschutzgesetze zu  
9 halten und dagegen verstoßende Personen polizeilich zu melden.

10  
11 Begründung:

12  
13 Der Computer ist aus der Alltagswelt nicht mehr wegzudenken. Kein Medium des  
14 modernen Lebens begeistert Kinder und Jugendliche so sehr wie das Internet.  
15 Ebenso haben Kinder und Jugendliche den Reiz am Chatten entdeckt. Dieser  
16 regelmäßige Informationsaustausch ist aber mehr als belangloses Plaudern.  
17 Kinder und Jugendliche, die die gleichen Interessen haben, können sich jederzeit  
18 virtuell unterhalten. Auch die freie Kommunikation – auch das Flirten –  
19 faszinieren die Jugend. In den letzten Jahren wurde das Chatten zu einer der  
20 beliebtesten Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen im Internet.

21  
22 Jedoch ergeben sich für unseren Nachwuchs erhebliche Gefahren aus dieser  
23 Form der Kommunikation. Beschimpfungen und Beleidigungen wie sexistische  
24 und frauenfeindliche Beiträge, Nicknamen und rassistische Äußerungen stehen  
25 auf der Tagesordnung. Viel größer ist für Kinder aber die Gefahr vor sexuellen  
26 Belästigungen. Sexuelle Offerten, die Beschreibung von Sexpraktiken,  
27 Aufforderungen zur sexuellen Handlungen, Werbung für Internetseiten mit  
28 pornographischen Inhalten sowie die eventuelle Vermittlung eines falschen  
29 Sexualbildes gefährden unsere Kinder. Pädophil veranlagte Erwachsene haben  
30 Jugendforen und Chaträume dazu entdeckt, um potentielle Opfer auszuspähen.  
31 Kinder geben in ihrem jugendlichen Leichtsinn oftmals voreilig und ohne  
32 nachzudenken Daten, wie die private Adresse, Namen und Telefonnummern, von  
33 sich preis. Somit wird es auch potentiellen Tätern erleichtert Opfer auszumachen.

34  
35 Durch eine gezielte Überwachung dieses Mediums kann das Begehen von  
36 Straftaten gezielt vermindert und unsere Kinder mehr geschützt werden.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 03  
Thema: Verwaltung straffen – E-Government stärken

Antragssteller: Jens Weis (KV Chemnitz)

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Verwaltung straffen – E-Government stärken**  
4

5 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die sächsische Staatsregierung auf,  
6 innerhalb der sächsischen Verwaltung das Prinzip von E-Government verstärkt  
7 umzusetzen. Es ist umgehend eine Road-Map zu verabschieden, die alle  
8 Verwaltungsakte, die durch E-Government durchführbar sind, auflistet und einen  
9 konkreten Zeitplan für die Umsetzung enthält. Im Zuge des demographischen  
10 Wandels muss auch die Verwaltung des Freistaates Personal abbauen. Um dabei  
11 die Qualität und Transparenz der Verwaltung zu erhöhen bzw. beizubehalten  
12 müssen die Projekte für E-Government im Jahr 2010 bereits umgesetzt sein.  
13 Hierbei kann aus den Erfahrungen des Projektes „BundOnline 2005“ profitiert  
14 werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass der datenschutzrechtlichen  
15 und sicherheitstechnischen Verantwortung strikt Rechnung getragen wird! Die  
16 Projekte und entsprechenden Webseiten müssen zudem barrierefrei sein.

17  
18 Zudem ist darauf zu achten, dass gerade im Freistaat Sachsen, der an die EU-  
19 Mitgliedsstaaten Polen und Tschechien grenzt, diese Projekte mindestens  
20 zweisprachig ausgelegt sind. Für Sachsen besteht hierbei eine besondere  
21 Chance, nicht nur eine bürgerfreundliche Verwaltung für die Menschen in  
22 Sachsen aufzubauen, sondern zugleich grenzüberschreitende Kooperationen  
23 besonders auch im Hinblick auf die Wirtschaft und die Ansiedlung von  
24 Unternehmen zu begünstigen.

25  
26 Die Dienstleistungen des E-Government müssen dazu auch im europäischen  
27 Rahmen betrachtet werden. E-Government ist ein Bestandteil der Umsetzung der  
28 Lissabon-Strategie. Dabei muss auch der Freistaat Sachsen die Notwendigkeiten,  
29 wie sie von der EU-Kommission in Bezug auf die interoperable Erbringung  
30 europaweiter elektronischer Behördendienste (IDABC) gefordert werden,  
31 berücksichtigen.

32  
33 **Begründung:**  
34

35 Das Projekt „BundOnline 2005“ hat bereits erfolgreich die Bundesverwaltung als  
36 E-Government Dienstleister eingerichtet. Diese Erfahrungen gilt es auch in  
37 Sachsen zu nutzen und weiter auszubauen. Besonders unter dem Aspekt, dass  
38 die sächsische Verwaltung in den nächsten Jahren dringend verschlankt werden  
39 muss, ist E-Government eine effiziente Art, die Qualität der Verwaltung trotz  
40 Personalreduzierung beizubehalten und noch bürgerfreundlicher zu gestalten.  
41 Der Freistaat Sachsen kann es sich in Zukunft nicht mehr leisten, trotz enormen  
42 Bevölkerungsrückgangs die Anzahl seiner Beschäftigten in der Verwaltung  
43 aufrecht zu erhalten.

1 Auch im Rahmen der Lissabon-Strategie trägt Sachsen hier eine  
2 Mitverantwortung für ein wirtschaftlich starkes Europa. Es ist daher darauf zu  
3 achten, dass die Verwaltung durch E-Government auch internationalisiert wird.

4  
5 Bürger und Unternehmen, welche bei ihren Aufgaben mit den Verwaltungen  
6 zweier oder mehrerer EU-Staaten gleichzeitig agieren müssen, zum Beispiel bei  
7 der Unternehmensgründung, Heirat, der Meldung von Geburten oder Todesfällen  
8 von Angehörigen, stehen dabei oft großen administrativen Hindernissen  
9 gegenüber. Dies ist der Inkompatibilität europäischer Verwaltungen geschuldet.  
10 Obwohl so genannte e-Governance-Dienstleistungen bereits seit dem Jahr 2004  
11 in allen EU-Mitgliedsstaaten eingerichtet sein sollten, funktionieren diese noch  
12 immer nicht grenzüberschreitend. Gerade dies ist aber unabdingbar, nicht nur  
13 um geographische Entfernungen zu überbrücken, sondern auch die  
14 Bearbeitungszeiten für Verwaltungsanfragen zu reduzieren und mehr  
15 Transparenz für die Bürger herzustellen.

16  
17 Die EU-Kommission hat in einer Mitteilung vom 23. Februar 2006 eine Reihe von  
18 Aspekten herausgearbeitet, welche der weiteren Harmonisierung bedürfen, damit  
19 die unterschiedlichen e-Governance-Systeme der EU-Mitgliedstaaten besser  
20 zusammen arbeiten. So sollen sich die Verwaltungen auf eine gemeinsame  
21 Vorgehensweise bei der Registrierung von Geburten, Hochzeiten und Todesfällen  
22 sowie auf standardisierte Verfahren für Unternehmen, wie z.B.  
23 Unternehmensgründungen oder der Teilnahme an den Ausschreibungen,  
24 verständigen. Darüber hinaus muss ein standardisiertes Vokabular eingeführt  
25 werden, welches Übersetzungen vereinfacht. Abschließend müssen die  
26 Schnittstellen zwischen den Systemen selbst standardisiert werden, um den  
27 Informationsaustausch zu vereinfachen.

28  
29 Die Umsetzung ist jedoch ein langwieriger und komplizierter Prozess. Das am 8.  
30 November 2005 angenommene IDABC-Arbeitsprogramm 2005-2009 befasst sich  
31 mit dieser Problematik und wird ein zentrales Element des zukünftigen e-  
32 Governance-Aktionsplans sein.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 04  
Thema: Querparken für Kleinwagen erlauben

Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3

### **Querparken für Kleinwagen erlauben**

4

5 Die Jungen Liberalen fordern dazu auf, die Straßenverkehrsordnung (StVO) in  
6 §12 zu ergänzen. Es muss auch möglich sein quer zu parken, wie dies z.B. bei  
7 einigen Kleinwagen möglich ist. Sofern ein Auto ohne Behinderung anderer  
8 Verkehrsteilnehmer quer parkt, muss dies im Straßenverkehr erlaubt sein.

9

10 Begründung:

11

12 Die Straßenverkehrsordnung trifft keine eindeutige Aussage darüber, ob  
13 Querparken bei kleinen Autos, wie z.B. dem Smart, möglich ist. Sie verursacht  
14 einen Widerspruch, indem sie einerseits regelt, dass nur Längsparken erlaubt ist,  
15 aber andererseits Parkraum sparsam verwendet werden muss. Ob es im  
16 Einzelfall dann zur Ausstellung eines „Knöllchens“ kommt, bleibt dem Ermessen  
17 des jeweiligen Ausstellers überlassen.

18

19 Der Bundesgerichtshof hat eindeutig geurteilt, dass Parkraum optimal genutzt  
20 werden muss. Inwieweit jedoch das Querparken dazu beitragen kann, wurde  
21 nicht geregelt. Ein Urteil des Amtsgerichtes Viechtach (Aktenzeichen: 7 II Owi  
22 00605/05) bestätigte am konkreten Einzelfall, dass das Querparken für eine  
23 Smart-Fahrerin kein Verwarngeld zur Folge hatte.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 05  
Thema: Abschaffung des "Gotteslästerungsparagrafen" (166 StGB)  
(verwiesen vom 38. Lako)  
Antragssteller: Sascha Hübsch (KV Zwickau)

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Abschaffung des "Gotteslästerungsparagrafen" (166 StGB)**

4  
5 Die Jungen Liberalen fordern die ersatzlose Streichung des §166 des  
6 Strafgesetzbuches: „Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften  
7 und Weltanschauungsvereinigungen“, da jener die Meinungsfreiheit zugunsten  
8 der Religion einschränkt.

9  
10 Begründung:

11  
12 Im §166 ist unter Absatz 1 und 2 folgendes geregelt:

13  
14 (1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften den Inhalt des religiösen  
15 oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die  
16 geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu  
17 drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

18  
19 (2) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften eine  
20 im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder  
21 Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche in einer Weise  
22 beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

23  
24 Schon in seiner jetzigen Fassung stellt der Paragraph 166 StGB eine ständige  
25 Bedrohung für die pluralistisch verfasste Gesellschaft dar, er widerspricht der  
26 produktiven Streitkultur der Aufklärung.

27  
28 In der jetzigen Fassung schützt §166 StGB religiöse und weltanschauliche  
29 Bekenntnisse vor Beschimpfungen, die geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu  
30 stören. Die Eignung zur Störung des öffentlichen Friedens kann dabei sehr weit  
31 ausgelegt werden, wie vor allem der Fall "Maria-Syndrom" bewiesen hat. Hier  
32 wurden Morddrohungen, die von christlich fundamentalistischer Seite gegen den  
33 Autor formuliert wurden, juristisch als Begründung dafür herangezogen, dass der  
34 Autor mit seinem Werk gegen den öffentlichen Frieden verstößt. Das Opfer  
35 wurde also bestraft und den Täten Recht gegeben.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 06  
Thema: Aussehen von Polizisten während der Fußball-WM  
(verwiesen vom 38. Lako)  
Antragssteller: KV Leipzig

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Aussehen von Polizisten während der Fußball-WM**  
4

5 Die Jungen Liberalen lehnen eine übermäßige Einschränkung von Polizisten in  
6 ihren persönlichen Freiheiten, zu denen natürlich auch Aussehen gehört, auch  
7 während der Fußball-WM 2006 ab.

8  
9 Begründung:

10  
11 Das Bundesinnenministerium plant eine neue Vorschrift, die besagt, dass  
12 Bundespolizisten keine „Haartrachten, die als Ausdruck einer ausgeprägt  
13 individualistischen Haltung wahrgenommen werden“ (Bundesinnenministerium;  
14 vgl. <http://www.saar-echo.de/de/art.php?a=30136> vom 15.01.2006) tragen  
15 dürfen. Gleiches gilt für einen 3-Tage-Bart. Auch ist männlichen Polizisten das  
16 Tragen von Ohrringen verboten, sogar das Tragen von Halsketten oder  
17 Armbändern ist streng geregelt.

18 Die WM steht unter dem Motto „Zu Gast bei Freunden“. Dieses Motto wird mit  
19 solchen Regeln ad absurdum geführt. Natürlich gilt insbesondere für Polizisten,  
20 dass diese vor allem während einem internationalen Großereignis ein gepflegtes  
21 Erscheinungsbild abgeben müssen. Dennoch ist hier ein Schwarz-Weiß-Denken  
22 nicht angebracht. Heutzutage wirkt ein 3-Tage-Bart bspw. nicht mehr ungepflegt,  
23 sondern durchaus modisch. Den Beweis treten sicherlich auch einige der  
24 Anwesenden hier im Saal an, seht euch einfach mal um!

25 Mit solchen Vorschriften wird jedoch kein Vertrauen zu den Polizisten aufgebaut  
26 (dies ist die offizielle Begründung für die Verbote), sie schafft eine Distanz  
27 zwischen Gästen und Gastgebern. Die WM ist eine großartige Chance, das  
28 biedere Image Deutschlands in der Welt zu widerlegen. Das genaue Gegenteil ist  
29 mit dieser Regelung der Fall.

30  
31 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 07

Thema: Vorstellung von demokratischen Parteien an Schulen zulassen

Antragssteller: OV Aue-Schwarzenberg

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Vorstellung von demokratischen Parteien an Schulen zulassen**  
4

5 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich dafür aus, dass demokratische  
6 Parteien und ihre Jugendorganisationen sich an Schulen vorstellen dürfen und für  
7 ihre Inhalte werben dürfen.

8  
9 Begründung:

10  
11 Die politische Bildung eines jeden Schülers sowie der Demokratiegedanke  
12 würden gestärkt werden.

13 Die Schüler könnten sich dadurch über die Inhalte der demokratischen Parteien  
14 informieren und das politische Spektrum kennen lernen. So können diese sich  
15 eine eigene Meinung bilden. Dabei soll es möglich sein, dass auch verschiedene  
16 Politiker Vorträge an Schulen halten dürfen, über ihre Partei und über die Arbeit  
17 politischer Institutionen, z.B. Kreistage, Landtage und den Bundestag. Auch  
18 sollen politische Diskussionen möglich sein. Dafür sollte der Beschluss des  
19 Schülerrates ausreichend sein.

20  
21 Das Ziel ist, dass wieder mehr Jugend in die Politik kommt, denn wir sehen,  
22 welche Altersklasse in unserem Land das Sagen hat. Die Jugend hat eher neue  
23 Ideen und Vorschläge. Nur mit solchen frischen Ideen kommt unser Land weiter.

24  
25 Mit der Bekräftigung „demokratischer Parteien“ würde das demokratische  
26 Verständnis im Vordergrund stehen und man könnte dadurch gegen jeden  
27 Extremismus von links und rechts ankämpfen.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 08  
Thema: Keine neuen naturwissenschaftlichen Pflichtfächer  
für die Sekundarstufe II am Gymnasium

Antragssteller: OV Aue-Schwarzenberg

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3

**Keine neuen naturwissenschaftlichen Pflichtfächer für die  
Sekundarstufe II am Gymnasium**

4

5

6 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich gegen die Pläne der sächsischen  
7 Landesregierung aus, Biologie, Chemie und Physik zu Pflichtfächern der  
8 Sekundarstufe II am Gymnasium zu machen.

9

10 Begründung:

11

12 Erst vor kurzem wurden die Zugangskriterien für Gymnasien von einem  
13 Notendurchschnitt von 2,0 auf 2,5 gelockert. Dazu steht in Widerspruch, dass  
14 nun die Anforderungen zum Erlangen des Abiturs durch die o.g. neue Regelung  
15 drastisch verschärft werden sollen. Die Folge daraus ist, dass wir in Sachsen  
16 insgesamt mehr Abiturienten mit einem schlechteren Notendurchschnitt haben  
17 werden.

18

19 Abgesehen davon geht mit einer Belegungspflicht der Naturwissenschaften die  
20 Förderung der individuellen Stärken der Schüler komplett verloren. Dies wird  
21 noch dadurch verstärkt, dass bei den Leistungskursen, also den persönlichen  
22 Stärken des jeweiligen Schülers, zugunsten der neuen Belegungspflicht gekürzt  
23 werden soll.

24

25 Die Möglichkeit, überhaupt noch Fächer wählen, bzw. abwählen zu können, geht  
26 ebenfalls fast vollständig verloren.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 09  
Thema: Einsatz freier Software in Schulen

Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Einsatz freier Software in Schulen**  
4

5 Die Jungen Liberalen fordern dazu auf, verstärkt den Einsatz freier Software in  
6 Schulen zu fördern, wie dies durch das Pilotprojekt am Goethe-Gymnasium in  
7 Reichenbach/Vogtl. mit Hilfe der Software Skolelinux bereits erprobt wurde!  
8

9 Der Einsatz freier Software ist eine sinnvolle und kostengünstige Ergänzung  
10 gerade im Bereich der Bildung. Dies spart u.a. Kosten bei der Anschaffung neuer  
11 Hardware in den Computerkabinetten und senkt die Anschaffungskosten für neue  
12 Software. Darüber hinaus ist es nicht notwendig, jede neue Microsoft-Windows-  
13 Version zu erwerben. Um den Schülern zum Beispiel die Grundlagen der  
14 Textverarbeitung und Tabellenkalkulation zu vermitteln kann auch auf die  
15 Vorgängerversion des Microsoft Produktes zurückgegriffen werden. Freie  
16 Software mit gleicher Funktionalität sensibilisiert die Schüler darüber hinaus für  
17 den Einsatz von Nicht-Microsoft Produkten.  
18

19 **Begründung:**  
20

21 In vielen Schulen sind die Computerkabinette mit älteren PCs ausgestattet. Das  
22 Projekt, welches als Pilotprojekt am Reichenbacher Goethe-Gymnasium  
23 durchgeführt wurde, erlaubt es mittels des Einsatzes freier Software diese  
24 älteren PCs weiterhin zu nutzen und trotzdem für die notwendigen Programme  
25 innerhalb der Schule gerüstet zu sein.  
26

27 Technisch veraltete Rechner müssen nicht durch neue ersetzt werden, sondern  
28 können als Thinclients (Computer, die nur noch für die Ein- und Ausgabe  
29 verantwortlich sind) weiterverwendet werden. Lediglich ein neuer Server muss  
30 angeschafft werden, was wesentlich kostengünstiger ist, als ein komplett neues  
31 Kabinett. Außerdem wird an Ausgaben für Software gespart, sowohl das  
32 Betriebssystem Linux als auch der Großteil der darauf laufenden Programme sind  
33 kostenlos.  
34

35 Der Einsatz freier Software in Schulen ist nicht nur kostengünstig, sondern im  
36 Rahmen des o.g. Pilotprojektes zeichnete sich dieser durch wenig administrativen  
37 Aufwand, hohe Sicherheit und Stabilität und guten Support aus. Freie Software  
38 erlaubt es darüber hinaus, dass diese an die Bedürfnisse der jeweiligen Schule  
39 angepasst werden kann, aufgrund dessen dass der Quellcode zugänglich und  
40 veränderbar ist.  
41

- 1 Neben den Standardanwendungen der Firma Microsoft bietet freie Software
- 2 erhebliche Vorteile für Schulen. Gerade im Bereich des Informatikunterrichtes ist
- 3 freie Software eine kostengünstige und effiziente Ergänzung zum Beispiel bei
- 4 dem Erlernen von Programmiersprachen. Darüber hinaus ergibt sich die
- 5 Notwendigkeit zum Einsatz freier Software deshalb, weil die Hardware in den
- 6 jeweiligen Computerkabinetten innerhalb der Schulen teilweise mit dem Einsatz
- 7 aktueller Microsoft Software überfordert ist.
- 8 Besonders im Bereich der Bildung können dadurch individuelle Lösungen
- 9 erarbeitet werden, die den speziellen Bedürfnissen von Schülern und Lehrern
- 10 Rechnung tragen.
- 11
- 12 Weitere Informationen unter:
- 13 <http://www.goethe-gymnasium-reichenbach.de/?pid=2&detail=1&id=0116>

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 10  
Thema: Schuluniformen

Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Schuluniformen**

4  
5 Die Jungen Liberalen lehnen eine zwangsweise Einführung von Schuluniformen  
6 ab!

7  
8 Schuluniformen können zwar das Zusammengehörigkeitsgefühl von Schülern  
9 fördern, sie lösen aber keinesfalls die Probleme bei der Integration von Schülern  
10 mit Migrationshintergrund und sie beseitigen auch keine sozialen Unterschiede.

11  
12 Wenn Schulen dennoch freiwillig Schuluniformen einführen wollen und dies in  
13 Abstimmung mit den Schülern erfolgt, ist dies jenen freizustellen. Einer  
14 gesetzlichen Regelung für alle Schulen bedarf dies nicht.

15  
16 Begründung:

17  
18 Der Vorschlag von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) einheitliche  
19 Schuluniformen einzuführen, um Ausländer besser zu integrieren und soziale  
20 Unterschiede zwischen den Schülern zu beseitigen, ist absurd. Er soll von den  
21 wahren Ursachen für die Probleme der Schüler mit Migrationshintergrund  
22 ablenken. Diese liegen in der fehlenden Sprachkompetenz und den schlechten  
23 Zukunftsperspektiven.

24  
25 Jugendliche sind immer bestrebt sich von der Masse abzuheben und ihre eigene  
26 Identität herauszustellen. Dies ist völlig natürlich und notwendig, um die eigene  
27 Persönlichkeit zu entwickeln. Die Schüler werden sich zudem selbst bei der  
28 Einführung von Schuluniformen immer durch Handys, Uhren oder Schmuck u.a.  
29 unterscheiden. Soziale Ausgrenzung wird deshalb nicht verhindert, sondern  
30 verlagert sich nur von der Markenjeans auf die Markenuhr!

31  
32 Die Sprachprobleme und die fehlenden Zukunftsperspektiven besonders für  
33 Jugendliche mit Migrationshintergrund, wie sie kürzlich an der Berliner Rütli-  
34 Schule allen Verantwortlichen offenbar wurden, werden durch Schuluniformen  
35 keinesfalls behoben!

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 11  
Thema: Schülersprecher direkt wählen

Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3

### **Schülersprecher direkt wählen**

4

5 Die Jungen Liberalen fordern dazu auf, die Schülersprecher direkt wählen zu  
6 können.

7 Das sächsische Schulgesetz ist in § 53 Absatz 3 dahingehend zu ändern. Ob sich  
8 die Schüler einer Schule dann dafür aussprechen, den Schülersprecher direkt  
9 oder indirekt zu wählen, liegt in ihrer Entscheidungshoheit.

10

11 Begründung:

12

13 In § 53 Absatz 3 des sächsischen Schulgesetzes wurde festgelegt: „Der  
14 Schülerrat wählt aus der Mitte der Schüler einen Vorsitzenden (Schülersprecher)  
15 und dessen Stellvertreter.“ Diesem steht § 5 der Schülermitwirkungsverordnung  
16 entgegen, der festlegt, dass nur der wählbar ist, der zum Zeitpunkt der Wahl  
17 Mitglied des entsprechenden Gremiums, also des Schülerrates, ist. Zum  
18 Zeitpunkt der Wahl der Klassen- bzw. Jahrgangsstufensprecher kennen die  
19 Schüler die Kandidaten für das Amt des Schülersprechers nicht.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. März 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 12  
Thema: Präventionsangebote in Schule einbinden  
(verwiesen vom 38. Lako)  
Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:  
2

3 **Präventionsangebote in Schule einbinden**  
4

5 Die Jungen Liberalen Sachsen fordern innerhalb der schulischen Einrichtungen ab  
6 Klassenstufe 5 dazu auf, die Angebote der Präventionsgruppen (z.B. Polizei)  
7 besser zu nutzen. Die bisherige fakultative Praxis, die es den Schulen erlaubt,  
8 selbst zu entscheiden, ob ein solches Angebot angenommen wird, ist  
9 aufzuheben. Die Jungen Liberalen fordern, pro Schuljahr mindestens eine  
10 Veranstaltung in den Unterricht verpflichtend zu integrieren.

11  
12 Begründung:

13  
14 Die Angebote zur Prävention sind zahlreich und werden nach Aussagen der  
15 Präventionsgruppen der Polizei unterschiedlich stark genutzt. In einigen Schulen  
16 werden diese überhaupt nicht in Anspruch genommen. Die gesellschaftlichen  
17 Herausforderungen insbesondere für junge Menschen nehmen jedoch ständig zu.  
18 Um eine entsprechende Schutzfunktion junger Menschen vor Gefahren zu  
19 gewährleisten zum Beispiel bei den Themen Drogen, Gewalt, Extremismus muss  
20 die Aufklärung verbessert werden. Das Elternhaus ist allein mit diesen Themen  
21 schnell überfordert und die Pädagogen stehen diesen Themen größtenteils  
22 ebenso hilflos gegenüber, sodass die Notwendigkeit für solche Angebote geboten  
23 ist. Ohnehin werden diese Präventionsangebote bereits von staatlicher Seite  
24 finanziert, sodass diese auch zumindest durch die Bildungseinrichtungen zu  
25 nutzen sind.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 13  
Thema: Ausbildung der Medizinisch-Technischen Assistenten  
(verwiesen vom 38. Lako)  
Antragssteller: Robert Hesse (KV Leipzig)

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3

**Ausbildung der Medizinisch-Technischen Assistenten**

4

5 Die Jungliberalen fordern die Ausbildung der Medizinisch-Technischen Assistenten  
6 mittels Fachhochschulstudium oder Hochschulstudium.

7

8 Begründung:

9

10 Die Ausbildung zur oder zum MTA ist in ganz Europa als Studiengang  
11 verwirklicht, auch in der DDR war es ein Fachhochschulstudium. Die Qualität der  
12 ausgebildeten MTA hat seit der Umstellung der Ausbildung auf das westdeutsche  
13 System in Ostdeutschland stark nachgelassen. Dazu kommt bei einem Studium  
14 die Möglichkeit für die MTA hinzu, sich in der akademischen Laufbahn weiter zu  
15 entwickeln. Der dritte Grund, der für eine Umstellung spricht, ist die  
16 internationale Vergleichbarkeit des Abschlusses, die derzeit so nicht gegeben ist.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 14  
Thema: Schaffung von Übergangslösungen für  
Studenten nach absolvierter Abschlussprüfung  
(verwiesen vom 38. Lako)  
Antragssteller: Thomas Scholz, Anja Birnbaum (KV Leipzig)

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_  
Nein: \_\_\_\_\_  
Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3

**Schaffung von Übergangslösungen für Studenten nach absolvierter  
Abschlussprüfung**

4

5

6 Die Jungliberalen fordern das Land Sachsen auf, das Landeshochschulgesetz  
7 dahingehend zu ändern, dass es Übergangslösungen für Studenten nach  
8 absolvierter Abschlussprüfung ermöglicht. Nicht das Landeshochschulgesetz,  
9 sondern die Universitäten und Hochschulen sollen bestimmen, in welchem  
10 Zeitraum nach Abschluss der Prüfungen ein Student zu exmatrikulieren ist.

11

12 Begründung:

13

14 ggf. mündlich

<b>Jungliberale Aktion Sachsen</b> <b>39. Landeskongress</b> <b>08.-09. März 2006, Leipzig</b>	Abstimmung:
Antrag Nr.: 15 Thema: Verwaltungskosten der GKV eindämmen	Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____
Antragssteller: Matthias Fischer-Schäfer (KV Chemnitz)	verwiesen an: _____

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3

**Verwaltungskosten der GKV eindämmen**

4

5 Die Jungliberale Aktion Sachsen (JuliA) fordert das Einfrieren der  
6 Verwaltungskosten der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) bei drei Prozent der  
7 Gesamtausgaben. Dabei sollen die Verwaltungskosten nicht mit in den  
8 Risikostrukturausgleich einfließen, damit Krankenkassen, die wirtschaftlich und  
9 sparsam mit den Beiträgen ihrer Mitglieder umgehen, nicht durch die Hintertür  
10 bestraft werden.

11

12

13

14 Begründung:

15

16 Durch eine Begrenzung der Verwaltungskosten kommt es früher oder später zum  
17 Zusammengehen einzelner Krankenkassen, zum Einsparen von  
18 Mitgliedsbeiträgen und zur Begrenzung der Bürokratie innerhalb der Gesetzlichen  
19 Krankenversicherung.

20 Bei einem nahezu einheitlichen Leistungskatalog und kaum Wettbewerb unter  
21 den Versicherungen, muss vergleichbarer Aufwand auch vergleichbar teuer sein.

22

23 Weitere Begründung erfolgt mündlich

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. März 2006, Leipzig**

Antrag Nr.: 16  
Thema: Jugendparlamente

Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Jugendparlamente**

4  
5 Die Jungen Liberalen fordern alle Städte und Gemeinden dazu auf,  
6 Jugendparlamente einzurichten. Diese müssen den Kindern und Jugendlichen ihr  
7 notwendiges Mitbestimmungs- und Gestaltungsrecht bei kinder- und  
8 jugendpolitischen Entscheidungen einräumen. Dazu müssen die  
9 Jugendparlamente klare Aufgabenbereiche zugesichert bekommen und echte  
10 Entscheidungskompetenzen dafür erhalten. Ein Jugendparlament, was lediglich  
11 den Kindern und Jugendlichen ein Anhörungsrecht einräumt, ist ungenügend! Ein  
12 Jugendparlament muss den Kindern und Jugendlichen daher Mitsprache,  
13 Mitwirkung und Mitbestimmung garantieren!

14  
15 Die Einrichtung eines Jugendparlamentes muss unter Einbeziehung und  
16 Mitgestaltung der Schülerinnen und Schüler der Schulen erfolgen. Die Städte und  
17 Gemeinden müssen für die Einrichtung eines Jugendparlamentes an den Schulen  
18 besonders werben und über entsprechende Strukturen und Beteiligungsprozesse  
19 aufklären! Bei der Einrichtung von Jugendparlamenten ist darauf zu achten, dass  
20 die Handlungsfähigkeit nicht durch unnötige Bürokratie behindert wird.

21  
22 Damit die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen möglichst breit angelegt  
23 werden kann, müssen Jugendparlamente mit projektbezogenem Arbeiten von  
24 Kindern und Jugendlichen zusammen wirken. Projektbezogenes Arbeiten ist  
25 besonders für jene wichtig, die sich nicht auf Dauer an ein bestimmtes Gremium  
26 binden wollen oder können. Das Jugendparlament muss dann die Instanz sein,  
27 die maßgeblich für die kontinuierliche Einbindung von Kindern und Jugendlichen  
28 in die kommunalen Entscheidungsprozesse Sorge trägt und dies auch  
29 koordinieren kann.

30  
31 **Begründung:**

32  
33 Die Stadt Chemnitz muss ihre Kinder und Jugendlichen endlich ernst nehmen und  
34 in die politischen Gestaltungsprozesse aktiv einbinden. In Zeiten, in denen eine  
35 hohe Politikverdrossenheit herrscht, muss besonders den Kindern und  
36 Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, ihren Interessen innerhalb der  
37 Stadt Chemnitz Gehör zu verschaffen. Dazu muss der Dialog mit den Kindern  
38 und Jugendlichen auf gleicher Augenhöhe geführt werden. Nur wer sich ernst  
39 genommen fühlt und auch direkte Entscheidungskompetenzen besitzt, wird sich  
40 eingebunden fühlen und demokratische Entscheidungsprozesse nicht ablehnen.  
41 Jugendparlamente sind eine Chance, um der zunehmenden Frustration unter

1 Jugendlichen vorzubeugen und ihnen Perspektiven aufzuzeigen, die sie sogar  
2 selbst mitgestalten können.

3

4 Die Ergebnisse der letzten U18-Wahlen bestätigen deutlich die Notwendigkeit,  
5 dass Jugendliche in demokratische Entscheidungsprozesse stärker eingebunden  
6 werden müssen und das schon vor dem gesetzlichen Wahlalter. Nur so können  
7 ihnen Möglichkeiten geboten werden, ihre Interessenvertretung nicht in  
8 extremistischen Parteien am rechten oder linken Spektrum zu suchen. Nur so  
9 erhalten sie Einblicke und Alternativen zu den „politischen Rattenfängern“.  
10 Jugendparlamente dürfen deshalb auch keine „Alibiveranstaltung“ innerhalb von  
11 Städten und Gemeinden sein!

12

13 Die Städte und Gemeinden besonders in Sachsen müssen die Einrichtung eines  
14 Jugendparlamentes auch als Imagewerbung begreifen, um ein Zeichen für junge  
15 Menschen und Familien zu setzen. Dies trägt dazu bei, die Städte und  
16 Gemeinden kinderfreundlicher zu gestalten, was aufgrund der demographischen  
17 Entwicklung in Sachsen dringend geboten ist.

18

19 Darüber hinaus ist die Mitsprache der Kinder und Jugendlichen bei den  
20 zukünftigen Stadtumbauplanungen dringend notwendig. Sie müssen letztlich  
21 entscheiden, wo welcher Spielplatz z.B. sinnvoll wäre und wie dieser genau  
22 gestaltet sein müsste. Sie müssen entscheiden, ob letztlich ein BMX-Parcour oder  
23 eine Skaterbahn mit den Fördermitteln gebaut werden soll. Sie müssen auch  
24 entscheiden, wo es Treffpunkte für Jugendliche geben soll. Hier gibt es eine  
25 Vielzahl von Entscheidungen, die besser unter Einbeziehung und Mitwirkung der  
26 Kinder und Jugendlichen getroffen werden müssen, da diese davon am stärksten  
27 betroffen sind.

28

29 Das Jugendparlament dient des Weiteren als Schnittstelle zwischen den  
30 verschiedenen Angeboten für Kinder und Jugendliche sowohl im schulischen als  
31 auch außerschulischen Bereich. Es trägt dazu bei, gute Konzepte zu bündeln und  
32 gesamtstädtische Initiativen zu entwickeln.

33

34 Weitere Informationen unter:

35

36 <http://www.jugendbeteiligung.info/praxistipps/22667.html>

37

38 Bisherige Beschlusslage 33. Landeskongress:

39

40 *Jugendrechte*

41

42 *Zu den Rechten der Jugend gehört es auch, ihrer Meinung und ihren Anliegen*  
43 *eine Plattform zu geben. Deshalb soll in allen ein Kinder- und Jugendparlament*  
44 *eingeführt werden, soweit die dazu wahlberechtigten Kinder und Jugendlichen*  
45 *dies im Rahmen einer Abstimmung wollen. Dieses Parlament wird aus der Mitte*  
46 *aller 11 bis 18-jährigen einer Gemeinde gewählt. Das Parlament ist rechtlich*  
47 *einem beratenden Ausschuss gleichzusetzen. Seine Mitglieder haben kein*  
48 *Stimmrecht im Gemeinderat und können nicht abschließend über*  
49 *Angelegenheiten entscheiden. Es soll in den Angelegenheiten, welche die Kinder-*  
50 *und Jugendlichen der Gemeinde betreffen, die Vorberatung übernehmen und*  
51 *den Stadtrat eine Beschlussvorlage liefern. Darüber hinaus hat es in allen*  
52 *Angelegenheiten ein Antragsrecht im Stadtrat. Das Projekt ist durch das Land zu*  
53 *fördern!*

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 17  
Thema: Der Jugend eine Alternative bieten

Antragssteller: KV Bautzen, KV Görlitz

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Der Jugend eine Alternative bieten!**

4  
5 Die Jungen Liberalen in Sachsen fordern Städte und Gemeinden auf, zum Abriss  
6 stehende oder brach liegende Flächen Sprayern zur Verfügung zu stellen.

7  
8 Begründung:

9  
10 Städte und Gemeinden kämpfen gegen illegale Graffitis an öffentlichen  
11 Gebäuden, Straßenbahnen und anderen Gegenständen des öffentlichen Lebens.  
12 Deren Beseitigung verursacht hohe Kosten für den Steuerzahler. Daher sollte den  
13 Jugendlichen eine Alternative geboten werden.

14 Viele junge Menschen machen sich auf Grund ihrer Kreativität schon in der  
15 Jugend zum Verbrecher, weil sie auf Flächen ihre Kunstwerke namens Graffiti  
16 verewigen. Graffiti sollte als Kunst angesehen werden und als Form einer  
17 modernen Art der Jugendarbeit.

18  
19 1)

20 In vielen Städten und Gemeinden existieren zum Abriss freigegebene Gebäude,  
21 die sich entweder im Besitz der Kommune oder im Besitz von Privatleuten  
22 befinden. Diese sollten den Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden um ihre  
23 Künste legal zur Anwendung zu bringen. Stadt- und Gemeindeverwaltungen  
24 sollten an die Privatbesitzer herantreten um deren Erlaubnis zur Nutzung  
25 einzuholen. Jene werden ihre Erlaubnis sicher erteilen, da sich für sie eine  
26 kostenneutrale Möglichkeit bietet um unansehnliche Flächen zu „gestalten“.  
27 Erster positiver Effekt wäre, dass Sprayer die öffentliche Anerkennung ihrer  
28 Künste suchen, auf solche Flächen umschwenken und die Anzahl der  
29 Schmierereien messbar zurückgehen werden. Da sich der demographische  
30 Wandel in den Städten weiter vollzieht, entstehen zwangsläufig im Zuge von  
31 Stadtumbaumaßnahmen eine Vielzahl von nutzbaren Flächen.

32  
33 2)

34 Um irgendwelche „Krizzeleien“ an öffentlichen Gebäuden zu vermeiden, können  
35 Ausschreibungen und Wettbewerbe durchgeführt werden. Verschandelte  
36 Gebäude, Mauern und Fußgängerunterführungen können durch Graffiti aber auch  
37 verschönert werden. Dies ist in Bautzen und Görlitz an einigen Stellen zu  
38 beobachten. Eigentümer genehmigten diese Kunstwerke und teils wurde damit  
39 auch die örtliche Jugend- und Sozialarbeit unterstützt.

- 1 3)
- 2 Städte und Gemeinden können mit den Jugendlichen aktive Jugend- und
- 3 Sozialarbeit bestreiten. Sozialarbeiter und Fachkräfte können mit Jugendlichen
- 4 auf einer entspannteren Basis zusammenarbeiten und mehr Akzeptanz erlangen.
- 5 Diese Art von aktiver Jugendarbeit gemeinsam mit Vereinen und Anlaufstellen
- 6 Jugendlicher kann in und gemeinsam mit den kommunalen Verwaltungen
- 7 praktiziert werden.
- 8
- 9 Weitere Begründung ggf. mündlich.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 18  
Thema: Stärkere stoffliche und energetische  
Nutzung von Biomasse  
Antragssteller: KV Löbau-Zittau

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Stärkere stoffliche und energetische Nutzung von Biomasse**  
4

5 Im Zuge der Reduzierung der Rohstoffabhängigkeit Deutschlands soll die  
6 Biomassenutzung ausgebaut und stärker gefördert werden. Hierbei sind neue  
7 Wege bei der Förderung zu beschreiten, die von einer starren Einspeisevergütung  
8 abweichen. Außerdem ist die Wärmeerzeugung ebenfalls zu fördern und die  
9 Bürokratie abzubauen. Eine Anhebung der Steuern auf Biokraftstoffe ist in  
10 diesem Zusammenhang das falsche Signal und wird von uns abgelehnt.

11  
12 Da die energetische und stoffliche Biomassenutzung vor allem im ländlichen  
13 Raum angesiedelt sein wird, ist den Landwirten und Genossenschaften bei der  
14 Errichtung der benötigten Infrastruktur zu helfen. Des Weiteren ist eine  
15 permanente Aufklärung über Chancen und Potentiale der energetischen und  
16 stofflichen Biomassenutzung zu betreiben. Ziel muss es sein Deutschland, auf  
17 lange Sicht, aus seiner Ressourcenabhängigkeit zu befreien.

18  
19 Begründung:

20  
21 **Woher nehmen, wenn nicht stehlen**  
22

23 Deutschland hat keinen wirtschaftlich-gewinnbaren Energieträger mehr, außer  
24 der Braunkohle. Auch Uran muss aus dem Ausland importiert werden. Wir sind  
25 dadurch sehr stark abhängig von vielen verschiedenen Staaten in der ganzen  
26 Welt. Nicht erst die Probleme zwischen Russland und der Ukraine, um die  
27 Lieferung von Erdgas haben gezeigt, dass Deutschland genauso wie viele andere  
28 Länder erpressbar ist. Steigende Preise sind in den letzten Jahren nicht nur beim  
29 Rohöl zu verzeichnen, auch Steinkohle, Uran, Erdgas und nahezu alle Metalle  
30 sind teilweise drastisch im Preis gestiegen.

31  
32 Ein Grund stellt die enorm wachsende Volkswirtschaft Chinas dar, die einen  
33 erheblichen Bedarf an Rohstoffen zu befriedigen hat, der in den nächsten Jahren  
34 weiter ansteigen wird. Aber auch andere Länder in Asien, Südamerika, Osteuropa  
35 und Afrika melden mehr Bedarf an. Da die Rohstoffe aber zur Neige gehen,  
36 werden die Preise in den nächsten Jahren nicht signifikant fallen, sondern eher  
37 weiter steigen. Hierin liegt die Notwendigkeit begründet, sich nach Alternativen  
38 umzusehen, wobei sich nachwachsende Rohstoffe geradezu aufdrängen.

39  
40 **Biomasse als Wachstumsfeld**  
41

42 Wenn von regenerativen Energien die Rede ist, so ist oft die Rede von Wind-  
43 oder Solarenergie. Beide haben einen entscheidenden Nachteil, denn sie sind

1 ungeeignet zur Grundlastversorgung. Außerdem kann bei der Stromerzeugung  
2 aus Biomasse gleichzeitig Wärme bereitgestellt werden. Dies führt zu einer sehr  
3 geringen energetischen Amortisationszeit von Biogasanlagen, was nicht zuletzt  
4 auch ein ökonomischer Vorteil ist. Die Vorteile der Biomasse-Nutzung im  
5 Vergleich zu anderen regenerativen Energieträgern liegen somit auf der Hand.  
6

7 Der Markt für Energie aus Biomasse für Strom, Wärme und Kraftstoffe ist schon  
8 heute gewaltig und er wird weiter wachsen. Damit wächst auch der Markt für  
9 Biomassen. Der steigende Bedarf an Biomasse bedeutet vor allem für die Land-  
10 und Forstwirtschaft aber auch für die Alt- und Restholzindustrie einen neuen  
11 Wachstumsmarkt. Energiegetreide, Strohbricketts, Waldholzhackschnitzel oder  
12 Recyclingholz sind nur einige der benötigten Rohstoffe. Dies führt dazu, dass sich  
13 vor allem in ländlichen und strukturschwachen Regionen neue Potentiale für eine  
14 industrielle Entwicklung erschließen lassen. Gerade hier kann der Ausbau der  
15 stofflichen und energetischen Nutzung der Biomasse und der damit verbundenen  
16 Etablierung eines neuen Wirtschaftszweiges zur wirtschaftlichen Stärkung und  
17 zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen. Das macht die Nutzung der Biomasse  
18 nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern mündet in einer nachhaltigen  
19 Wirtschaftspolitik.

<p><b>Jungliberale Aktion Sachsen</b>  <b>39. Landeskongress</b>  <b>08.-09. Juli 2006, Bautzen</b></p> <p>Antrag Nr.: 19                  Thema: Berufsorientierung als Schutz vor Jugendarbeitslosigkeit                  und Fachkräftemangel - eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung                  Antragssteller: Landesvorstand</p>	<p>Abstimmung:</p> <p>Ja: _____                  Nein: _____                  Enthaltung: _____</p> <p>verwiesen an: _____</p>
---	--

1 Der Landeskongress möge beschließen:  
 2

3 **Berufsorientierung als Schutz vor Jugendarbeitslosigkeit und**  
 4 **Fachkräftemangel - eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung**  
 5

6 **Grundprobleme**  
 7

8 Die Jugendarbeitslosigkeit beschreibt die Arbeitslosigkeit der Gruppe der 15-24-  
 9 Jährigen. In Deutschland schwankt diese in gleichen Zyklen wie die  
 10 Arbeitslosigkeit insgesamt. Wohingegen es anderen europäischen Staaten  
 11 gelang, die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen, stagniert die Quote in Deutschland  
 12 auf ca. 13,8 Prozent und droht weiter anzusteigen. Im Jahr 2005 waren über  
 13 500.000 Jugendliche ohne Ausbildung oder Beschäftigung. Rund 45 Prozent  
 14 davon besitzen keinen Schulabschluss. Die Ursachen für die  
 15 Jugendarbeitslosigkeit sind sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingt.  
 16

17 Die konjunkturellen Ursachen sind abhängig von der wirtschaftlichen  
 18 Gesamtsituation und den politischen Rahmenbedingungen für Unternehmen. In  
 19 Zeiten mit schlechten Auftragslagen für Unternehmen kann dies u.a. zu einem  
 20 Rückgang des Lehrstellenangebotes führen. Ebenso tragen überhöhte  
 21 Forderungen bei den Ausbildungsentgelten und zu hohe Lohnnebenkosten direkt  
 22 zu einer Reduzierung des Lehrstellenangebotes bei. Die strukturellen Ursachen  
 23 sind jene, die einerseits den Übergang von der Schule in Ausbildung und  
 24 andererseits von Ausbildung ins Erwerbsleben erschweren. Damit einhergehend  
 25 wird der Anstieg von Jugendarbeitslosigkeit dadurch hervorgerufen, dass die  
 26 Anzahl der nicht-ausbildungsfähigen Jugendlichen zunimmt. In Deutschland  
 27 verlassen jedes Jahr ca. 90 000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss.  
 28

29 Der demographische Wandel und der sich abzeichnende Fachkräftemangel birgt  
 30 eine große Chance um das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen. In  
 31 Anbetracht des drohenden Mangels an Fachkräften bleiben in Deutschland aber  
 32 immer noch Potentiale ungenutzt. Denn rund ein Viertel aller Auszubildenden und  
 33 rund ein Drittel aller Studierenden brechen ihre Ausbildung ab. Deutschland kann  
 34 dabei auf dieses Potential an Erwerbsfähigen nicht mehr verzichten. Damit der  
 35 Fachkräftemangel auch tatsächlich zu Chancen für mehr Beschäftigung  
 36 Jugendlicher führt, müssen diese umfassend qualifiziert werden. Darüber hinaus  
 37 ist es notwendig, dass Jugendliche bereits während der Schulausbildung auf einer  
 38 breiten Basis, die aus Lehrern, Eltern, Unternehmen und Angeboten der  
 39 Jugendhilfe besteht, über Chancen und Anforderungen im Berufsleben informiert  
 40 werden.  
 41  
 42  
 43

## 1 **Berufsvorbereitung in der Schule**

2  
3 Ein möglichst hoher schulischer Bildungsabschluss ist noch immer der beste  
4 Garant, um Arbeitslosigkeit zu entgehen. Die Notwendigkeit zum lebenslangen  
5 Lernen steigt. Niemand wird mehr davon ausgehen können, dass er den  
6 erlernten Erstberuf bis zum Ende der Erwerbstätigkeit ausüben wird. Eine solide  
7 schulische Ausbildung, die wichtige Kernkompetenzen dazu vermittelt und eine  
8 Basis für die berufliche Weiterbildung legt, ist deshalb unabdingbar.  
9 Lernschwache Schüler müssen daher entsprechende Unterstützungsmaßnahmen  
10 zur Verbesserung ihrer schulischen Leistungen erhalten. Projekte, die  
11 lernschwachen Schülern im Hauptschulbildungsgang notwendige  
12 Unterrichtsstunden zugunsten betrieblicher Praktika entziehen, lehnen wir ab.  
13 Eine grundlegende Allgemeinbildung innerhalb der Schule ist eine notwendige  
14 Voraussetzung für ein lebenslanges Lernen. Dies ist gerade deshalb notwendig,  
15 da sich die Anforderungen in einer dynamischen und globalisierten Weltwirtschaft  
16 ständig verändern.

17  
18 Neben diesem Fakt ist es notwendig, dass schon möglichst frühzeitig innerhalb  
19 der Schule darauf hingewirkt wird, dass berufliche Perspektiven und aktuelle  
20 Anforderungen im Berufsleben den Schülern vermittelt werden. Um den  
21 Jugendlichen beim Start in eine Berufsausbildung bestmögliche Unterstützung zu  
22 bieten und Fehlentscheidungen zu verhindern, ist eine enge gemeinsame  
23 Beratung der Schüler durch Lehrer, Berufsberater und Personalfachleute aus  
24 Unternehmen notwendig. Hierbei müssen die individuellen Interessen und  
25 Stärken der Schüler herausgearbeitet und gefördert werden. Besonders wichtig  
26 ist es dabei, überhöhte oder falsche Erwartungen an bestimmte Wunschberufe zu  
27 verhindern. Das kann dadurch realisiert werden, dass die Schüler zunächst  
28 eigenständig Berufsbilder ihres Wunschberufes erarbeiten, die dann mit den  
29 tatsächlichen Inhalten und Anforderungen der Berufe verglichen werden, um  
30 gemeinsam nötigenfalls Alternativen herauszuarbeiten.

31  
32 Derzeit existiert eine Vielzahl verschiedener Projekte an sächsischen Schulen, die  
33 u.a. durch Kooperationen und Netzwerke mit Unternehmen, der Agentur für  
34 Arbeit und anderen Akteuren umgesetzt werden. Es fehlt jedoch an einer  
35 entsprechenden Evaluation der Projekte, die vielversprechende Ansätze  
36 herausfiltert. Nur so ist es möglich, zielführende Projekte auch flächendeckend in  
37 den Schulen zu etablieren. Die bisherigen Projekte sind zu stark punktuell, was  
38 sich u.a. darin widerspiegelt, dass es noch lange nicht an allen Schulen  
39 entsprechende Angebote gibt bzw. die Angebote von diesen wahrgenommen  
40 werden. Oftmals werden diese Projekte nicht wahrgenommen, weil diese gänzlich  
41 unbekannt sind. Die bisherigen Projekte z.B. Im Rahmen der Initiative  
42 „Berufsorientierung Netzwerke Ganztagsangebote (BONG)“ wurden in Sachsen  
43 erst vor rund eineinhalb Jahren initiiert. Sie stecken bisher folglich noch in den  
44 Kinderschuhen. Darüber hinaus wurden entsprechende Projekte im Rahmen von  
45 BON-Q lediglich auf Mittel- und Förderschulen beschränkt. Dabei ist es aber auch  
46 innerhalb der Gymnasien dringend notwendig die Berufsorientierung zu stärken.  
47 Nur so kann verhindert werden, dass spätere Studierende ihr Studium wieder  
48 abbrechen, weil sie die falschen Erwartungen daran knüpften.

49  
50 Besonders schwierig ist es, eine gezielte und fachlich versierte Berufsorientierung  
51 während des Unterrichts zu vermitteln. Dies führt unweigerlich dazu, dass andere  
52 notwendige Lehrinhalte zu kurz kommen. Engagierte Lehrer stehen dabei vor  
53 dem Dilemma, entweder eine bessere berufliche Orientierung vermitteln zu

1 wollen oder den engen Lehrplan umzusetzen, der bisher nur ungenügend Stoff  
2 für die berufliche Orientierung beinhaltet. Um dies zu beheben sind vor allem  
3 fächerübergreifende Lösungen zu bevorzugen, um zum Beispiel den Schülern im  
4 Fach Deutsch genauso wie in den entsprechenden Fremdsprachen das Verfassen  
5 von Bewerbungsunterlagen zu vermitteln. Dabei ist es wichtig, dass die  
6 Vorbereitung von Bewerbungsgesprächen nicht nur auf das Fach Deutsch  
7 beschränkt wird und eine fächerübergreifende Bildung und  
8 Informationsvermittlung stattfindet.

9  
10 Besonders Ganztagsangebote sind eine gute Möglichkeit, um Schülern  
11 Berufsorientierung zu vermitteln und außerschulische mit schulischen Interessen  
12 der Schüler zu verbinden. Dabei können gezielt Talente und Begabungen der  
13 Schüler hinsichtlich eines späteren Berufes unterstützt und gefördert werden.

14  
15 Bei der Bildung von Netzwerken ist darauf zu achten, dass die Vielzahl von  
16 Angeboten nicht dazu führt, dass es für Interessierte kaum ersichtlich ist, wer  
17 mit welchem Projekt in welchem Gebiet agiert. Es ist daher notwendig, dass die  
18 Projekte stärker miteinander kooperieren und dabei auch Verdopplungen  
19 vermieden werden. Dies ist auch deshalb notwendig, um entsprechende  
20 Fördermittel gezielt und effektiv einzusetzen und Strukturen herauszubilden, die  
21 auch mittelfristig ohne Fördermittel realisierbar sind. Für die interessierten  
22 Lehrer, Schüler und Eltern müssen die Ansprechpartner klar sein und  
23 entsprechend beworben werden. Auf eine grundlegende Transparenz der  
24 Projekte ist daher unbedingt zu achten.

25  
26 Die in Sachsen eingeführte Initiative eines Berufswahlpasses, der bereits ab der  
27 Klassenstufe 7 die Stärken und Interessen der Schüler für die berufliche  
28 Entwicklung herausarbeiten soll, wird bisher von den Schulen noch immer  
29 unzureichend genutzt. Hier sind Lehrer, Eltern und Unternehmen gemeinsam  
30 gefordert, solche Projekte stärker zu nutzen, zu unterstützen und  
31 weiterzuentwickeln. Eine Berufsorientierung in möglichst frühen Klassenstufen  
32 muss das Engagement der Schüler im schulischen und außerschulischen Bereich  
33 berücksichtigen. Dabei muss besonderer Wert auf die Förderung von  
34 Schlüsselqualifikationen bzw. sog. Soft-Skills gelegt werden.

35  
36 Die Modellprojekte für ein Qualitätssiegel „Berufswahlfreundliche Schule“ sind  
37 daher auch in Sachsen einzuführen. Dies dient als Impuls, um eine stärkere  
38 Partnerschaft zwischen Schulen und Unternehmen anzustoßen und hilft,  
39 entsprechende Netzwerke zu bilden. Gleichzeitig ist die Vermittlung in  
40 entsprechende Praktika anzustreben, um den Schülern geeignete Einblicke in ihr  
41 gewähltes Berufsfeld zu geben. Die bereits vorgeschriebenen Pflichtpraktika sind  
42 innerhalb der Schule gezielt vor- und nachzubereiten und ggf. über einen  
43 längeren Zeitraum als bisher durchzuführen. Darüber hinaus gilt es verstärkt  
44 darauf hinzuwirken, dass freiwillig Praktika in Unternehmen während der  
45 schulfreien Zeit durchgeführt werden.

46  
47 Um den Schülern die direkte berufsbezogene Notwendigkeit derartiger Praktika  
48 zu verdeutlichen und Anreize zur freiwilligen Teilnahme zu schaffen, sollte diese  
49 Art der Berufserfahrung im Rahmen der Europäisierung der Berufsausbildung in  
50 einem European Credit System for Vocational Education and Training (ECVET)  
51 anrechenbar sein. Dabei muss sichergestellt werden, dass teilnehmende Schüler  
52 in den Praktikumsbetrieben fachgerecht qualifiziert und eingesetzt werden. Dies

1 setzt die Führung eines „Bildungs- oder Ausbildungsnachweises“ sowie dessen  
2 Bestätigung durch den betreuenden Ausbilder voraus.

### 4 **Anreize und Kompetenzen zur Selbständigkeit fördern**

6 Damit Jugendliche ihre Chancen am Arbeitsmarkt wahrnehmen können und  
7 damit sie die Möglichkeit erhalten ihre eigenen Ideen zu verwirklichen, muss  
8 innerhalb der Schulen und der beruflichen Bildung darauf hingewirkt werden,  
9 dass den jugendlichen Mut gemacht wird, Bereitschaft, Risiko und  
10 Verantwortung zu übernehmen, deren Fähigkeiten zu stärken und Probleme zu  
11 lösen. Erste Schritte zu Eigenständigkeit, Kreativität und Problemlösungsfähigkeit  
12 sind daher schon in den Kindertagesstätten zu vermitteln. Während der Schulzeit  
13 gilt es, die notwendigen Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung zu vermitteln,  
14 damit die Jugendlichen die Möglichkeit und die Motivation dazu erhalten, dass sie  
15 auch eigene Existenzgründungen wagen umzusetzen.

16 Erste Erfahrungen bei Projekten mit Übungsfirmen helfen den Jugendlichen  
17 dabei, ihre Fähigkeiten besser einzuschätzen und betriebliche Prozesse zu  
18 verstehen und eigene Unternehmerfähigkeiten zu erkennen und auszuprägen.  
19 Dies trägt dazu bei, die Jugendlichen für die Anforderungen und Probleme am  
20 Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft zu sensibilisieren. Erfolgreiche Projekte geben  
21 darüber hinaus Ansporn, eigenen Unternehmensgründungen zu forcieren. Auf  
22 diese Weise ist nicht nur den Jugendlichen selbst geholfen, sie übernehmen  
23 somit gleichzeitig Verantwortung für die Gesellschaft.

### 25 **Reform der dualen Berufsausbildung**

27 Die duale Berufsausbildung ist im internationalen Vergleich noch immer der  
28 bestmögliche Weg für einen schnellen Berufseinstieg. Aufgrund der hohen  
29 Praxishöhe und der theoretischen Bildung innerhalb der Berufsschulen werden  
30 einerseits Defizite im schulischen Bereich ausgeglichen und andererseits erhalten  
31 die Unternehmen dadurch einen guten Einblick in das Leistungsvermögen der  
32 Auszubildenden. Dadurch wird deren Chance auf eine Übernahme deutlich  
33 erhöht.

35 Dennoch muss die duale Berufsausbildung einer Reform unterzogen werden, die  
36 es zum einen ermöglicht, die Anforderungen an zukünftige Erwerbstätige in einer  
37 globalisierten Weltwirtschaft besser zu erfüllen und zum anderen eine berufliche  
38 Weiterbildung, entweder zum Meister, zum Fachwirt u.a. oder im Rahmen einer  
39 akademischen Ausbildung stärker fördert.

41 Im Rahmen der Lissabon-Strategie und des „Brügge-Kopenhagen-Prozesses“  
42 unterstützen wir die Fortschritte zu einer Europäisierung der Berufsausbildung.  
43 Hierbei ist es auch notwendig, im entsprechenden European Qualifications  
44 Framework (EQF) die informell erworbenen Kenntnisse – z.B. Berufserfahrung –  
45 entsprechend zu berücksichtigen. Dazu sind vor allem die nationalen  
46 Bildungssysteme gefordert, die diese Kenntnisse entsprechend zertifizieren  
47 müssen, um sie in den EQF einfließen zu lassen. Damit einhergehend besteht die  
48 Notwendigkeit, gemeinsame Standards zwischen den Bildungsbereichen  
49 (Hochschulen, Berufsschulen etc.) und zwischen den Bundesländern zu  
50 entwickeln.

52 Die Europäisierung der Ausbildungen ist besonders für Sachsen von zentraler  
53 Bedeutung. Die Nähe zu den EU-Mitgliedsstaaten Polen und Tschechien birgt eine

1 große Chance. Hierbei sind verstärkt Projekte zu unterstützen, die gemeinsame  
 2 Lösungen mit den Nachbarstaaten bei der Berufsorientierung sowie der  
 3 beruflichen Aus- und Weiterbildung begünstigen. Dazu gehören gemeinsame  
 4 Lösungen u.a. im Rahmen von Städtepartnerschaften bzw.  
 5 grenzüberschreitenden Netzwerken.

6  
 7 Neben der Europäisierung der Berufsausbildungen, die eine Vergleichbarkeit der  
 8 Abschlüsse gewährleisten soll, ist die Modularisierung der Ausbildungen  
 9 umzusetzen. Durch eine Modularisierung wird die Durchlässigkeit der  
 10 Bildungssysteme erhöht und eine Ausbildung gemessen an den individuellen  
 11 Stärken und Interessen der Auszubildenden gewährleistet.

12  
 13 Damit den Schülern der Einstieg in eine Berufsausbildung leichter fällt, muss die  
 14 duale Berufsausbildung für eher praktisch Interessierte Jugendliche  
 15 entsprechende Module bereithalten. Besonders für jene ist dies eine große  
 16 Chance, ihr Können unter Beweis zu stellen und dies auch zertifiziert zu  
 17 bekommen. Darüber hinaus ist die Modularisierung eine unabdingbare  
 18 Voraussetzung um neben der Aus- auch die Weiterbildung zu unterstützen und  
 19 die Durchlässigkeit der Bildungssysteme endlich zu gewährleisten.

20  
 21 **Bologna-Prozess**

22  
 23 Im Zuge des Bologna-Abkommens werden europaweit bis zum Jahr 2010 29  
 24 Länder ihre Studienabschlüsse auf Bachelor und Master umstellen. Die  
 25 Einführung eines European Credit Transfer System (ECTS) im Hochschulbereich  
 26 war ein erster Beitrag, die erworbenen Kenntnisse europaweit vergleichbar zu  
 27 machen. Im Rahmen der Europäisierung der Universitätsabschlüsse und der  
 28 Europäisierung der Berufsausbildungen muss gewährleistet werden, dass die  
 29 Leistungen in ein gemeinsames Bewertungssystem überführt werden können.

30  
 31 Der Bachelor-Abschluss bietet eine gute Basis, um den direkten Einstieg ins  
 32 Berufsleben zu ermöglichen, Erfahrungen zu sammeln und später dennoch die  
 33 Möglichkeit zu haben, die akademische Weiterqualifizierung zum Master  
 34 fortzusetzen. Auf diese Art und Weise ist eine deutliche Praxisnähe möglich und  
 35 die theoretische Ausbildung kann direkt angewendet werden. Damit den  
 36 Bachelor-Absolventen jedoch auch der Zugang in den Beruf optimal gestaltet  
 37 wird, ist es notwendig, die Umstellung der Studienabschlüsse bis 2010 so zu  
 38 gestalten, dass die Bachelor-Studierenden praxisnäher ausgebildet werden. Allein  
 39 die Verkürzung bisheriger Diplom- und Magisterstudiengänge auf eine kürzere  
 40 Studienzeit reicht deshalb nicht aus! Die Hochschulen tragen hierfür eine  
 41 besondere Verantwortung.

42  
 43 Damit die akademische Ausbildung zum Bachelor möglichst berufsnah erfolgt, ist  
 44 bei der Umstellung der Studiengänge darauf zu achten, dass die Anforderungen  
 45 der Unternehmen mit einfließen. Auch die Unternehmen müssen ihre  
 46 Einstellungspraxis den neuen Abschlüssen anpassen. Ebenso müssen  
 47 Trainingsmaßnahmen und Einstiegsprogramme der neuen Abschlüsse angepasst  
 48 und modifiziert werden. Nur wenn die Umsetzung des Bologna-Prozesses  
 49 gemeinsam von Hochschulen und Unternehmen begleitet wird, ist es möglich  
 50 Missverständnisse bei den zukünftigen Arbeitgebern zu verhindern. Dies trägt  
 51 dazu bei, dass die Unternehmen die Bachelor-Absolventen besser einschätzen  
 52 können und die Akzeptanz für die neuen Studienabschlüsse gestärkt wird. Die  
 53 Initiative „Bachelor welcome!“ von 40 Konzernen, darunter der meisten DAX-

- 1 Unternehmen, im Jahr 2004 zeigt zwar die steigende Akzeptanz für die neuen
- 2 Abschlüsse, diese gilt es jedoch nunmehr auch bei den klein- und
- 3 mittelständischen Unternehmen (KMUs) zu fördern. Gerade bei den KMUs ist der
- 4 Praxisbezug während der Ausbildung dringend notwendig, da sie sich keine
- 5 umfassenden Nachqualifizierungen für Neueinsteiger leisten können.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 20  
Thema: Kommunale Eigenbetriebe eindämmen

Antragssteller: Matthias Fischer-Schäfer (KV Chemnitz)

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3

### 4 **Kommunale Eigenbetriebe eindämmen**

5

6 Die Jungliberale Aktion Sachsen (JuliA) fordert die FDP-Fraktion im sächsischen  
7 Landtag und die vielen liberalen, kommunalen Mandatsträger auf, sich gegen das  
8 Gründungsfieber sächsischer Städte und Gemeinden im Bereich der kommunalen  
9 Eigenbetriebe stark zu machen, bzw. entsprechende parlamentarische Initiativen  
10 zu ergreifen. Es kann nicht sein, dass z.B. Poliere und Gärtner in der freien  
11 Wirtschaft ihren regulären Arbeitsplatz zugunsten billigerer Ein-Euro-Jobber vom  
12 örtlichen Bauhof verlieren. Dem Zugriff der mittlerweile 1048 kommunalen  
13 Eigenbetriebe in Sachsen auf öffentliche Beschäftigungsmaßnahmen und der  
14 Verflechtung der Stadtverwaltung bei der Vergabe der öffentlichen Aufträge mit  
15 den Eigenbetrieben muss entgegengewirkt werden. Es gilt Lösungen zu Gunsten  
16 des heimischen Handwerks, eines Beschäftigungs- und Ausbildungsgaranten im  
17 Freistaat, zu finden.

17

18 Begründung:

19

20 erfolgt mündlich

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 21  
Thema: Staatlichen Dirigismus zurückfahren –  
Völlige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten  
Antragssteller: OV Aue-Schwarzenberg

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Staatlichen Dirigismus zurückfahren – Völlige Liberalisierung der**  
4 **Ladenöffnungszeiten**  
5

6 Seit dem Jahre 1957 regelt das Ladenschlussgesetz (LadschlG) in Deutschland  
7 die Zeiten, zu denen es Geschäften nicht erlaubt ist, zu öffnen. Zuletzt beschloss  
8 der Deutsche Bundestag im Jahre 2003 eine Verlängerung der Öffnungszeiten für  
9 Samstage bis 20 Uhr. Seitdem gelten die folgenden Öffnungsverbote:

10  
11 Sonntage.

12 Gesetzliche Feiertage.

13 Montags bis samstags bis 6 Uhr und ab 20 Uhr.

14 24. Dezember. (Fällt dieser auf einen Werktag, dann bis 6 Uhr und ab 14 Uhr.)

15  
16 Des Weiteren gelten die folgenden Sonderregelungen:

17  
18 Verkaufsstellen für Bäckerwaren dürfen bereits 5:30 Uhr öffnen.

19 Bei Ladenschluss anwesende Kunden dürfen noch bedient werden.

20 Sonderregelungen für Geschäfte in Bahnhöfen und Flughäfen.

21  
22 Anlässlich von Märkten und Messen sind vier verkaufsoffene Sonn- und Feiertage  
23 im Jahr möglich. Dabei darf die Verkaufszeit fünf Stunden nicht überschreiten,  
24 nicht in die Zeiten der Hauptgottesdienste fallen und muss um 18 Uhr beendet  
25 sein.

26  
27 Diese kurze Einleitung soll verdeutlichen, wie bürokratisch und undurchsichtig die  
28 Regelungen des LadschlG sind und wie sehr sie in die Freiheit der Wirtschaft  
29 eingreifen und diese damit behindern.

30 Die Jungen Liberalen sprechen sich für die Abschaffung des LadschlG und die  
31 vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten aus.

32  
33 **Begründung:**

34  
35 **Die Abschaffung des LadschlG würde:**

36 der in diesem Jahr erstmals seit langem auftretenden Konjunkturerholung  
37 deutlichen Rückenwind geben.

38 durch die Besetzung neuer wirtschaftlicher Nischen neue Arbeitsplätze  
39 schaffen.

40 zu mehr Wettbewerb und als Folge daraus zu mehr Kundenfreundlichkeit  
41 führen.

42 einer Mehrheit der Bevölkerung bessere Möglichkeiten für einen flexibleren  
43 Einkauf bieten und zu Spontankäufen anregen, was wiederum zu einer

1 Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands führt.  
2 gerade auch die Lage kleiner Anbieter erheblich verbessern.  
3 durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu höheren Steuereinnahmen für  
4 den Staat beitragen.

5  
6 Selbstverständlich schreibt den Unternehmen niemand vor, von der  
7 Flexibilisierung Gebrauch zu machen. So steht es beispielsweise dem im  
8 Christentum verwurzelten Ladenbesitzer völlig frei, sein Geschäft auch an  
9 Sonntagen oder Feiertagen zu öffnen. Sprechen für ihn weltanschauliche Gründe  
10 dagegen, so kann er wie bisher sonntags und feiertags schließen. Das gleiche gilt  
11 für nächtliche Öffnungszeiten.

12 In jedem Falle muss jedoch folgendes gelten:

13 Die Entscheidung, ob und wann ein Geschäft geöffnet wird, muss im Ermessen  
14 des Besitzers liegen. Es ist nicht akzeptabel, dass der Staat, wie bisher, diese  
15 Regelungen mit der Gesetzeskeule festlegt. Liberale müssen jedweden  
16 staatlichen Dirigismus ablehnen. Deshalb ist das LadschIG abzuschaffen.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 22  
Thema: Neuregelung des Gesetzes über Teilzeitarbeit  
und befristete Arbeitsverträge (TzBfG)  
(verwiesen vom 38. Lako)  
Antragssteller: KV Chemnitz

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_  
Nein: \_\_\_\_\_  
Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Neuregelung des Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete**  
4 **Arbeitsverträge (TzBfG)**  
5

6 Die Jungen Liberalen Sachsen fordern eine Neuregelung des Gesetzes über  
7 Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (TzBfG).  
8

9 Wir fordern eine Ausnahmeklausel für Aushilfstätigkeiten und  
10 Nebenbeschäftigungen. Diese muss eine Flexibilisierung erlauben. Den  
11 Arbeitnehmern muss die Möglichkeit gegeben werden, auch über den Zeitraum  
12 von zwei Jahren hinaus befristet in einem Unternehmen tätig sein zu können.  
13 Ebenso ist die Regelung aufzuheben, die diesbezüglich eine maximal dreimalige  
14 Verlängerung der Befristung während des Gesamtzeitraums von zwei Jahren  
15 vorschreibt.  
16

17 Begründung:

18  
19 Bisher erlaubt das TzBfG eine maximale Befristung von Arbeitsverträgen auf zwei  
20 Jahre. Für Nebenbeschäftigungen (zum Beispiel für Schüler, Studenten) ist diese  
21 Regelung eine Zumutung. Sie zwingt einerseits die Unternehmen dazu,  
22 qualifizierte Arbeitnehmer entlassen zu müssen und andererseits zwingt sie die  
23 Arbeitnehmer dazu, sich ständig um neue Arbeitsverhältnisse kümmern zu  
24 müssen, die zugleich immer in einem anderen Unternehmen liegen müssen.

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 23  
Thema: Aufbruch des staatlichen Lotteriemonopols  
(verwiesen vom 38. Lako)  
Antragssteller: KV Leipzig

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2

3

**Aufbruch des staatlichen Lotteriemonopols**

4

5 Wir fordern die FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag auf, sich für eine Änderung  
6 des Sächsischen Lotteriegesetzes (SächsLottG) einzusetzen mit dem Ziel, es  
7 privaten Anbietern zu ermöglichen, Lotterien und Wettspiele anzubieten.

8

9 Begründung:

10

11 erfolgt mündlich

**Jungliberale Aktion Sachsen**  
**39. Landeskongress**  
**08.-09. Juli 2006, Bautzen**

Antrag Nr.: 24  
Thema: Werbefreiheit  
(verwiesen vom 38. Lako)  
Antragssteller: Sascha Hübsch (KV Zwickau)

Abstimmung:

Ja: \_\_\_\_\_  
Nein: \_\_\_\_\_  
Enthaltung: \_\_\_\_\_

verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2  
3 **Werbefreiheit**

4  
5 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Aufhebung sämtlicher Werbeverbote  
6 sowie Beschränkungen der Werbefreiheit. Diese Forderung umfasst neben den  
7 bestehenden Restriktionen auch die Aufgabe von Überlegungen der  
8 Neueinführung solcher Regeln für Werbung auf europäischer Ebene insbesondere  
9 für:

- 10  
11 Arznei- und Heilmittel,  
12 Automobile,  
13 Alkoholhaltiger Getränke,  
14 Lebensmittel und  
15 Tabakwaren.

16  
17 Gleichzeitig soll zum Verbraucher- und Jugendschutz bestehende Regelungen  
18 besser kontrolliert, Selbstkontrollmaßnahmen unterstützt sowie  
19 Aufklärungsarbeit geleistet werden.

20  
21 Begründung:

22  
23 Die Verbote und Regelungen von Werbung umfassen (bzw. sind geplant) z.B.:  
24 die Pflicht zur Angabe von Kraftstoffverbrauch und CO2-Emissionen bei  
25 Werbeschriften und Internet-Werbung für Automobile,  
26 ein Werbeverbot für alkoholische Getränke in Kinovorstellungen vor 18.00 Uhr,  
27 ein vollkommenes Werbeverbot für Tabakerzeugnisse,  
28 den Verbot von allgemein gehaltenen Aussagen zum körperlichen Wohlbefinden  
29 bei Werbung für Lebensmittel,  
30 ein Werbeverbot für rezeptfreie Medikamente, die verordnungsfähig sind.

31  
32 Die unter dem Deckmantel des Verbraucher- bzw. Jugendschutzes eingeführten  
33 Verbote sind nicht zweckmäßig, da sie die tatsächlichen Ursachen für Missstände  
34 verdecken. Gleichzeitig wird jedoch in der Rechtskultur ein starker Staat als  
35 Schutzherr gefördert, welcher die soziale Marktwirtschaft in zu einer Markt-  
36 Regulierungswirtschaft treibt.

37  
38 Die Bestrebung der EU-Kommission in Form der „Europäisierung“ nationaler  
39 Werbeverbote am Maßstab des „höchsten Verbraucherschutzes“, also der  
40 strengsten nationalen Werbebeschränkungen, ist nicht verhältnismäßig. Die  
41 Aufgabe der EU-Kommission besteht darin freien Waren- und  
42 Dienstleistungsverkehr in Europa zu gewährleisten. Dieser Aufgabe wird durch

- 1 derartige bürokratische Feinregulierungen zum Schutz des lebensunkundigen
- 2 Verbrauchers nicht gedient.
- 3
- 4 Der Verbraucher- und Jugendschutz soll als wichtige Aufgabe über diese
- 5 Forderung nicht die Berechtigung abgesprochen werden. Vielmehr sollten die
- 6 Kontrollen der bestehenden Regeln, z.B. im Bereich des Jugendschutzes von
- 7 JuSchG § 9 (Verbot der Abgabe von branntweinhaltigen Mischgetränken an
- 8 minderjährige) und die Aufklärungsarbeit gefördert werden sowie die
- 9 tatsächlichen Ursachen für Missstände bekämpft werden.